

**abgeschlossen am
20. Februar 2003**

	<u>Seite</u>
1. Haushaltsbewilligung 2003 abgeschlossen	1
2. Haushaltsentwurf 2004 vorgelegt	1
3. Kritik an ablehnender Haltung Deutschlands gegenüber einem Irak-Krieg	2
4. Anhaltende Kritik an Bushs neuem Steuerreformvorschlag	3
5. Repräsentantenhaus novelliert Sozialhilfegesetz	5
6. Senat bestätigt Tom Ridge als Sicherheitsminister	5
7. Bushs Konzept zur Reform von Medicare umstritten	6
8. Auswärtiger Senatsausschuss für Ratifikation des SORT-Vertrags	8
9. CBO legt pessimistische Prognosen zur Defizitentwicklung vor	9
10. Neue Bewerber um demokratische Präsidentschaftsnominierung	10

2/2003

0. Der Congress befindet sich vom 17.-21. Februar 2003 in seiner traditionellen Sitzungspause aus Anlass des *President's Day* und wird seine Arbeit am 24. Februar wieder aufnehmen.

1. Haushaltsbewilligung 2003 abgeschlossen

Fast viereinhalb Monate nach dem offiziellen rechnungstechnischen Beginn des laufenden Haushaltsjahres 2003 haben Repräsentantenhaus und Senat am 13. Februar 2003 mit 338:83 bzw. 76:20 Stimmen den Bewilligungsprozess in Form einer *Omni-bus Fiscal Year 2003 Appropriations Bill* abgeschlossen (vgl. CR 1/2003, S. 4).

Die Sammelbewilligung in Höhe von 397,4 Mrd. USD umfasst jene 11 Bewilligungshaushalte, für die im Rahmen des *discretionary spending* bisher noch keine Mittelzuweisung durch den Congress erfolgt war.

Demokraten wie David R. Obey (Wis.), *Ranking Minority Member* im Bewilligungsausschuss des Repräsentantenhauses, monierten, „dass über 90 Prozent des Bewilligungspakets nicht im Senatsplenum diskutiert wurden“ und ein großer Teil der Entscheidungen „in Hinterzimmern“ fiel. Auch Republikaner wie C. W. Bill Young (Fla.), der Vorsitzende des *House Appropriations Committee*, konzedierte, dass der Bewilligungsprozess „nicht der beste“ war, aber mit Blick auf den immer enger werdenden Zeitrahmen wenige Alternativen bestanden.

2. Haushaltsentwurf 2004 vorgelegt

Präsident Bush hat am 4. Februar 2003 dem Congress seinen Budgetentwurf für das Haushaltsjahr 2004 vorgelegt. Er sieht Gesamtausgaben in Höhe von 2,2 Billionen USD bei einem Defizit von 307 Mrd. USD, dem bisher größten in der amerikanischen Geschichte, vor.

Im Bereich des *discretionary spending*, also jenem Teil des Bundeshaushalts über den der Congress frei entscheiden kann, sieht der Haushaltsplan Ausgaben in Höhe von 819 Mrd. USD vor, was 36,7 Prozent des Haushaltsansatzes entspricht. Hier sollen für die Rüstung 380 Mrd. USD aufgewendet werden, was einer Steigerung um etwa 3,7 Prozent gegenüber der Bewilligungssumme des laufenden Haushaltsjahres entsprechen würde.

Im Bereich des *mandatory spending*, also jenen Ausgaben, die der Entscheidungsgewalt über gesetzliche Festlegungen (*entitlements*) des Congress weitgehend entzogen bleiben, sind Mittelanforderungen in Höhe von 1,23 Billionen USD vorgesehen, was 55,3 Prozent des Haushaltsansatzes für 2004 ausmacht. Hier werden für die staatliche Rentenversicherung (Social Security) Ausgaben in Höhe von 493 Mrd. USD veran-

schlägt. Für *Medicare* und *Medicaid*, die Krankenversicherungsprogramme des Bundes für Senioren und chronisch Kranke, sind Aufwendungen in Höhe von 440 Mrd. USD geplant.

Für die Schuldenbedienung des Bundes sieht Präsident Bushs Haushaltsentwurf 2004 Zahlungen in Höhe von 176 Mrd. USD vor, was etwa 8 Prozent des Haushaltsansatzes entspricht.

Im einzelnen sieht der Haushaltsansatz u.a. vor:

- 76,3 Mrd. USD für die Landwirtschaft, 4,5 Mrd. USD mehr als im Vorjahr;
- 61,4 Mrd. USD für den Bildungsbereich, eine Steigerung um 2,8 Mrd. USD gegenüber dem Haushaltsansatz 2003, wobei insbesondere die geplante Streichung von 45 Programmen, darunter das *National Writing Project*, zu einem Tauziehen mit den Demokraten führen dürfte;
- 23,4 Mrd. USD für das Energieministerium, wobei die Öffnung des *Arctic National Wildlife Refuge* für die Ölexploration heftige Kontroversen nach sich ziehen dürfte;
- 36,2 Mrd. USD für das neu geschaffene *Department of Homeland Security*.

Präsident Bush hat neben einer zweiten Stufe von Steuersenkungen (vgl. Punkt 4), die über einen Zeitraum von 11 Jahren zu Mindereinnahmen des Bundes in Höhe von 1,49 Billionen USD führen würde, eine grundlegende Strukturreform von *Medicare* (vgl. Punkt 7) durch Einführung einer Medikamenten-Zusatzversicherung angekündigt, was etwa 400 Mrd. USD kosten soll.

Freilich sind in Präsident Bushs Haushaltsplanungen die Kosten eines drohenden Irak-Krieges nicht eingerechnet, so dass die Defizitschätzung von 307 Mrd. USD für das Haushaltsjahr 2004 unter Umständen zu niedrig kalkuliert erscheint. Entsprechend haben einflussreiche Republikaner wie Charles E. Grassley (Iowa), der Vorsitzende des *Senate Finance Committee*, bereits davor gewarnt, dass der Präsident „nicht alles bekommen dürfte, was er will.“

3. Kritik an ablehnender Haltung Deutschlands gegenüber einem Irak-Krieg

Im Congress ist die dezidiert ablehnende Haltung Deutschlands, aber auch Frankreichs gegenüber einer militärischen Lösung der Irak-Krise in den Reihen der Republikaner auf scharfe Kritik gestoßen. „Frankreich und Deutschland“, so Tom DeLay, *Majority Leader* im Repräsentantenhaus, „verlieren täglich an Glaubwürdigkeit“. *Speaker* J. Dennis Hastert (R-Ill.) ging sogar noch einen Schritt weiter und machte sich öffentlich Gedanken darüber, ob der Congress gegenüber den beiden Alliierten nicht Wirtschaftssanktionen verhängen sollte.

Die gereizten Kommentare können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass, verstärkt durch die Einstellungsmuster der amerikanischen Öffentlichkeit, auch im Congress die Kritik an einem möglichen Krieg gegen den Irak artikulierter geworden ist.

So haben sich nach einer zwischen dem 21. und 26. Januar 2003 durchgeführten Umfrage des *Program on International Policy Attitudes* (PIPA) der Universität Maryland 66 Prozent der Befragten dafür ausgesprochen, dass die Vereinten Nationen ihre Inspektionen im Irak fortsetzen sollen, während 31 Prozent dafür plädierten, dass die USA im Sicherheitsrat ein Votum für eine militärische Invasion im Irak anstoßen sollen. Auch ein militärischer Alleingang der Bush-Administration wird von der amerikanischen Öffentlichkeit skeptisch betrachtet. So sprachen sich 67 Prozent der Befragten dafür aus, dass sich die USA für den Fall militärischer Gewaltanwendung der Zustimmung durch die Vereinten Nationen versichern sollen.

Im Congress haben einige Demokraten wie Edward M. Kennedy (Mass.), Robert Byrd (W.Va.) und Joseph Biden (Del.) sich Ende Januar 2003 unzufrieden mit der Irak-Politik des Präsidenten geäußert und unterstrichen, dass diplomatischen Lösungen im Rahmen der Vereinten Nationen genügend Zeit eingeräumt werden müsse (*Senate Joint Resolutions* 29 und 32). Senator Paul S. Sarbanes (Md.) ging noch einen Schritt weiter und warf dem Präsidenten vor, dass er sich allen Beteuerungen zum Trotz längst für eine militärische Lösung der Irak-Krise entschieden habe. „Es scheint mir“, so Sarbanes, „dass eine Entscheidung getroffen wurde als das Problem definiert war.“

4. Anhaltende Kritik an Bushs neuem Steuerreformvorschlag

Präsident George W. Bush hat in seiner Ansprache zur Lage der Nation am 28. Januar 2003 den Congress aufgefordert, die von ihm zu Beginn des Jahres vorgeschlagenen neuen Steuersenkungen (vgl. CR 1/2003, S. 1) rasch zu verabschieden.

Ungeachtet der weithin positiv aufgenommenen Rede Bushs bestimmen jedoch skeptische und kritische Töne die Reaktionen auf den neuen Steuerreformvorstoß des Präsidenten.

Die Ablehnungsfront der Demokraten, die im Senat Gesetzesvorhaben mit Hilfe der Geschäftsordnung auch ohne Mehrheit blockieren können, ist bisher geschlossen geblieben. Nur Senator Zell Miller (D-Ga.), der 2001 zusammen mit 11 anderen gemäßigt-konservativen Demokraten für Bushs erste Steuerreform gestimmt hatte (vgl. CR 6-7/2001, S. 4), unterstützt Bushs Vorschlag weiterer Steuersenkungen.

Doch auch auf republikanischer Seite sind die Reaktionen nicht durchweg positiv. Vertreter des linken Flügels der Republikanischen Partei wie Susan Collins (Maine) und Olympia J. Snowe (Maine) wollen angesichts der wachsenden Defizite im Bundeshaushalt (vgl. Punkt 9) den Umfang der Steuersenkungen deutlich reduzieren. Se-

nator Lincoln D. Chafee (R.I.), der schon gegen Bushs ersten Steuerreformvorschlag gestimmt hatte, ließ erkennen, dass er Bushs Initiative nicht mittragen kann.

Gewichtiger noch scheinen Stimmen aus dem konservativen *Mainstream* der Partei, die ungeachtet grundsätzlicher Zustimmung zu Steuersenkungen den Umfang sowie einzelne Bestandteile des Reformpakets in Frage stellen. Im Repräsentantenhaus, wo die Unterstützung für Bushs konservative Reformvorhaben generell groß ist, hat der Vorsitzende des *Ways and Means Committee*, Bill Thomas (R.-Cal.) insbesondere Zweifel an der geplanten Abschaffung der Doppelbesteuerung von Unternehmensdividenden geäußert.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses im Senat, Charles E. Grassley (R-Iowa), bezeichnete die Abschaffung der Doppelbesteuerung von Dividenden, die von ihm selbst unterstützt wird, als möglicherweise politisch nicht durchsetzbar in seiner Kammer.

Kaum Aussichten auf Verabschiedung hat zudem Bushs Vorschlag, zusätzliche steuerbefreite Spar- und Anlagekonten zu schaffen, die nicht wie die bereits bestehenden staatlich geförderten Sparformen auf die Einkommenssicherung im Alter beschränkt sein sollen. Die Republikaner im Repräsentantenhaus wiesen darauf hin, dass dieser Vorschlag nicht mit der Fraktion abgestimmt gewesen sei.

Einen herben Rückschlag erhielt Bushs Werbekampagne für seine Steuerreform darüber hinaus durch die kritischen Anmerkungen von Alan Greenspan, dem Chef der US-Notenbank (Federal Reserve). In Anhörungen vor dem Congress hielt sich Greenspan Mitte Februar 2003 zwar in der Einschätzung der einzelnen Komponenten des Reformpakets weitgehend bedeckt, doch stellte er die zentralen ökonomischen Prämissen des Vorschlags unverhohlen in Frage.

Zum einen hält Greenspan zusätzliche fiskalische Konjunkturimpulse zum gegenwärtigen Zeitpunkt für nicht notwendig. Wenngleich die Bush-Administration betont, ihr Programm zielt auf eine Stärkung der langfristigen Wachstumsaussichten, wird die Dringlichkeit der Reform doch mit der aktuellen Konjunkturschwäche in Verbindung gebracht.

Zum anderen hat Greenspan darauf hingewiesen, dass wachsende Defizite der öffentlichen Hand in der Regel zu höheren Zinsen führen und damit die Wachstumsaussichten der Wirtschaft untergraben. Die Bush-Administration vertritt dagegen die Auffassung, dass steigende Haushaltsdefizite durch forciertes Wirtschaftswachstum ausgeglichen werden können und deswegen akzeptabel erscheinen.

Während die Administration Greenspans Einwände weitgehend unbeantwortet ließ, reagierten Präsident Bush und der neue Finanzminister John W. Snow mit einer Serie von öffentlichen Auftritten, in denen sie für die Reformpläne warben. Angesichts der breiten Kritik, die nicht mehr auf die demokratische Opposition beschränkt bleibt, haben sich die Erfolgchancen für Bushs Steuerreformpaket jedoch merklich verringert.

5. Repräsentantenhaus novelliert Sozialhilfegesetz

Das Repräsentantenhaus hat am 13. Februar 2003 in einer parteipolitisch scharf polarisierten Abstimmung eine Novelle des Sozialhilfegesetzes von 1996 angenommen, die in den wesentlichen Punkten den Vorgaben der Bush-Administration folgt.

Für die Annahme der Novelle stimmten 230 Abgeordnete, darunter 11 Demokraten, dagegen sprachen sich 192 Abgeordnete, darunter 2 Republikaner aus. Zuvor hatte das Repräsentantenhaus zwei demokratische Alternativvorlagen mit 300 gegen 124 Stimmen und 225 gegen 197 Stimmen abgelehnt.

Mit der Entscheidung folgt das Repräsentantenhaus Präsident Bushs Vorschlag, die Arbeitsanforderungen an Sozialleistungsbezieher merklich zu verschärfen und die bisherigen Ausnahmeregelungen einzuschränken. So soll der Anteil der Leistungsbezieher, die eine Beschäftigung nachzuweisen haben, bis 2008 auf 70 Prozent steigen.

Im Gegenzug zu den neuen Auflagen werden den Einzelstaaten zusätzliche Mittel für die Kinderbetreuung in Aussicht gestellt. Wie die Einzelstaaten angesichts der angespannten Arbeitsmarktlage und den erheblichen Haushaltsproblemen die verschärften Anforderungen gegebenenfalls umsetzen sollen, bleibt jedoch offen. Insbesondere demokratische Gouverneure haben vor diesem Hintergrund kritisch auf den republikanischen Vorstoß reagiert.

Im Senat scheinen die Vorzeichen hingegen auf einen zwischenparteilichen Kompromiss hinzudeuten. Bereits im 107. Congress war eine gleichlautende republikanische Vorlage, die das Repräsentantenhaus im Mai 2002 verabschiedet hatte (vgl. CR 5/2002, S. 6), im Senat gescheitert.

Aufgrund der unüberbrückbaren Differenzen zwischen den Parteien hatte der Congress 2002 eine Überarbeitung des Gesetzes verschoben. Ungeachtet der veränderten Mehrheitsverhältnisse im Senat droht bei mangelnder Kompromissbereitschaft beider Seiten eine erneute Blockade, zumal kaum politischer Druck besteht, der notfalls eine Einigung erzwingen könnte.

6. Senat bestätigt Tom Ridge als Sicherheitsminister

Der Senat hat in der zweiten Januarhälfte 2003 den von Präsident Bush vorgeschlagenen Tom Ridge mit 94 gegen 0 Stimmen als Secretary of Homeland Security bestätigt. Bush würdigte das Abstimmungsergebnis als Beleg für die überparteiliche Einigkeit in dem Bemühen, Sicherheit und Schutz der Bevölkerung gegenüber der neuen Bedrohung durch den internationalen Terrorismus zu gewährleisten.

Senatsmitglieder beider Parteien haben die Wahl Tom Ridges als Leiter des noch aus 22 Ministerien und Behörden neu zu organisierenden Sicherheitsministeriums gelobt

(vgl. CR 11/2002, S.4). Ridge war bereits seit mehr als einem Jahr Chef des *White House Office of Homeland Security* und zuvor Gouverneur von Pennsylvania und Mitglied des Repräsentantenhauses.

Ungeachtet der breiten Zustimmung zur Ernennung Ridges erwarten den neuen Sicherheitsminister schwierige und kontroverse Aufgaben. So haben Demokraten im Senat die Debatte um die Bestätigung Ridges genutzt, um ihre Kritik an der Sicherheitspolitik der Bush-Administration herauszustreichen.

Senator Joseph Lieberman (D-Conn.), auf dessen Initiative die Einrichtung des Ministeriums zurückgeht, wies auf die geringen Fortschritte in der inneren Sicherheit hin. Unabhängige Untersuchungen, so Lieberman, der Fragen nationaler Sicherheit in das Zentrum seiner Kampagne um die Nominierung als demokratischer Präsidentschaftskandidat rücken will (vgl. Punkt 10), kämen einhellig zu dem Schluss, dass die USA heute nicht sicherer als vor den Terroranschlägen des 11. September 2001 seien.

Hillary Rodham Clinton (D-N.Y.) und Charles Schumer (D-N.Y.) kritisierten die unzureichenden Finanzausschüsse des Bundes für lokale und einzelstaatliche Sicherheitsorgane und Rettungsdienste und forderten eine spürbare Aufstockung des Etats für *Homeland Security*.

Ridge räumte ein, dass sein Ministerium noch ein enormes Arbeitspensum zu leisten habe, verwies aber auf bereits umgesetzte Sicherheitsvorkehrungen und die Erhöhung der Finanzmittel im Haushaltsentwurf des Präsidenten für 2004.

Die Schwierigkeiten der Führung des neuen Ministeriums konnte Ridge jedoch schnell erkennen. So löste die Erhöhung der offiziellen Terrorwarnstufe auf Orange, die zweithöchste Warnstufe, in Teilen der USA Panikkäufe von Wasser, Nahrungsmitteln, Taschenlampen, Isolierband und Plastikfolien aus. Nachdem einzelne Bürger begonnen hatten, ihre Wohnungen mit Plastikfolien und Isolierband abzudichten, sah sich das Ministerium zu erläuternden Erklärungen zu den herausgegebenen Notfall-Hinweisen veranlasst. Ridge selbst wies öffentlich immer wieder darauf hin, dass die Notfallüberlegungen nur für *akute* Bedrohungen gedacht seien.

Die augenscheinlichen Unsicherheiten in dem Balanceakt zwischen Aufklärung und Beunruhigung der Bevölkerung haben nicht nur unter Experten zu einer Debatte geführt, ob und inwieweit sich die Zivilbevölkerung überhaupt effektiv gegen Terroranschläge schützen lässt. So bleibt die innere Sicherheit unbeschadet der zwischenparteilichen Einigkeit über die Ziele ein politisch umstrittenes Thema mit hoher Brisanz.

7. Bushs Konzept zur Reform von Medicare umstritten

Präsident Bush hat am 28. Januar 2003 in seiner Ansprache zur Lage der Nation vor dem Congress seinen Vorschlag bekräftigt, die Einführung einer Medikamenten-

Zusatzversicherung (*Medigap Insurance*) für Senioren, Behinderte und chronisch Kranke mit einer Strukturreform von *Medicare* zu verbinden.

Obwohl bisher nur das Grundkonzept des Reformvorschlags bekannt gemacht worden ist, steht die Administration schon jetzt einer verhärteten Ablehnungsfront gegenüber, die bis in die Reihen der eigenen Partei hinein reicht.

In seiner *State of the Union Message* hat Bush mit nur wenigen Worten angedeutet, dass die Administration einen Reformansatz favorisiert, der Anspruchsberechtigten unter *Medicare* eine Medikamenten-Zusatzversicherung bietet, wenn sie von dem herkömmlichen, vom Bund selbst verwalteten Programm zu privaten Anbietern wechseln.

Wenngleich sich Bush vehement für eine Garantie der freien Arztwahl für Senioren eingesetzt hat, hieße dies faktisch, dass die Zusatzversicherung nur dann in Anspruch genommen werden kann, wenn die Versicherten zu *Health Maintenance Organizations* (HMOs) oder *Preferred Provider Organizations* (PPOs) wechseln.

HMOs sind in den zurückliegenden Jahren aufgrund des häufig strikten Kostenmanagements, das bürokratische Hürden und Leistungsverweigerungen mit einschließt, öffentlich in die Kritik geraten. PPOs, die ähnlich wie HMOs strukturiert sind, aber den Patienten die Wahl zwischen verschiedenen Ärzten und gegen Zuzahlungen oft auch die Option freier Arztwahl lassen, können als eine abgemilderte Variante betrachtet werden, die aber ebenfalls die Leistungen mit dem Ziel der Kosteneinsparung einschränkt.

Tommy G. Thompson, *Secretary of Health and Human Services*, konnte in einer Anhörung vor dem Finanzausschuss des Repräsentantenhauses Anfang Februar 2003 noch keine näheren Angaben zu dem Gesetzesvorschlag machen, den die Administration in Kürze vorlegen will.

Die skeptischen Reaktionen auch auf Seiten der republikanischen Ausschussmitglieder zeigen gleichwohl, dass die Ausarbeitung der Reform ohne Beteiligung des Congress mit Blick auf die politischen Erfolgsaussichten nicht ratsam erscheint. Die Mehrheit der Demokraten im Congress lehnt die Verknüpfung einer Zusatzversicherung für Senioren mit marktwirtschaftlichen Kostenkontrollinstrumenten ohnehin ab. Auch führende Vertreter der Republikanischen Partei wie *Speaker* Dennis Hastert (Ill.) halten eine Beschränkung von Zusatzleistungen auf einen Teil der Senioren für nicht durchsetzbar und warnen vor der zu erwartenden breiten Kritik der Öffentlichkeit.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses des Senats, Charles E. Grassley (R-Iowa), monierte nicht nur die zögerliche Ausarbeitung eines Gesetzesvorschlags, sondern forderte auch, dass in der Medikamentenversorgung allen Senioren Hilfe geboten werden müsse, ungeachtet der Frage einer möglichen Wahl zwischen verschiedenen Krankenversicherungsformen.

Angesichts des ungeschickten Auftakts der Verhandlungen über die populäre und von beiden Parteien mit hoher Priorität eingestuften Medikamentenzusatzversicherung mehren sich die Stimmen, die die Administration dazu drängen, die Regie über das Reformvorhaben dem Congress zu überlassen.

Doch zum einen ist es Demokraten und Republikanern im 107. Congress nicht gelungen, aus den unterschiedlichen Reformvorschlägen der Parteien, die im Leistungsumfang wie im Zuschnitt des Versicherungsangebots erheblich voneinander abweichen, einen tragfähigen Kompromiss auszuhandeln (vgl. CR 1/2003, S. 5). Zum anderen ist es mit Blick auf die näherrückenden Präsidentschaftswahlen 2004 unwahrscheinlich, dass sich Bush politisch das Heft aus der Hand nehmen lässt.

8. Auswärtiger Senatsausschuss für Ratifikation des SORT-Vertrags

Der Auswärtige Ausschuss des Senats hat sich unter der Führung seines neuen Vorsitzenden Richard Lugar (R-Ind.) am 5. Februar 2003 mit 19:0 Stimmen für die Ratifikation des *Strategic Offensive Reduction Treaty* (SORT) ausgesprochen (Treaty Document 107-8), dass Präsident Bush und sein russischer Amtskollege Putin am 24. Mai 2002 in Moskau unterzeichnet hatten.

Der Vertrag sieht die Verringerung der nuklearstrategischen Offensivwaffen der USA und Russlands auf jeweils 1.700 – 2.200 Gefechtsköpfe bis zum Jahr 2012 vor. Er knüpft an die START-Verträge zur Verringerung der strategischen Offensivwaffen an, auf die sich die USA und die frühere Sowjetunion bzw. Russland 1991 (START I) und 1993 (START II) verständigt hatten.

Die Vereinigten Staaten verfügen gegenwärtig über 5.927 strategische Atomsprengköpfe auf landgestützten Interkontinentalraketen (ICBMs), U-Booten (SLBMs) und strategischen Bombern. Russland besitzt noch 5.483 nuklearstrategische Gefechtsköpfe auf ICBMs, SLBMs und Bombern.

Das Pentagon hat im Zuge der Unterzeichnung des SORT-Vertrags allerdings angekündigt, dass es eine größere Zahl der nun abzurüstenden Atomsprengköpfe in eine Art „aktiver“ strategischer Reserve halten möchte, um gegenüber neuen nuklearen Bedrohungen reagieren zu können.

Dagegen hat Senator Lugar im Rahmen der Beratungen über den Abrüstungsvertrag unterstrichen, dass die Vereinbarungen zwischen den Vereinigten Staaten und Russland nicht auf „wechselseitigem Misstrauen“ oder einer „gegnerischen Beziehung“ basieren sollten. Über die Vorlage hinaus knüpfte der Ausschuss sein Votum an eine Reihe von Bedingungen, darunter eine jährliche Berichtspflicht der Administration an den Congress über den Fortgang des nuklearstrategischen Abrüstungsprozesses in beiden Staaten.

9. CBO legt pessimistische Prognosen zur Defizitentwicklung vor

Das *Congressional Budget Office* (CBO), das Haushaltsbüro des Congress, hat Ende Januar 2003 neue Prognosen zur Budgetentwicklung in den USA vorgelegt. Danach ist

- für das laufende Haushaltsjahr 2003 von einem Defizit im amerikanischen Bundeshaushalt von 199 Mrd. USD auszugehen. Das sind 54 Mrd. USD mehr als von CBO ursprünglich prognostiziert worden waren.

Für 2004 und 2005 geht das Haushaltsbüro des Congress von einem Haushaltsloch von 145 Mrd. bzw. 73 Mrd. USD aus. Im Haushaltsjahr 2006 soll der Fehlbetrag dann nur noch 16 Mrd. USD betragen und für 2007 wird wieder ein knapper Überschuss im Bundeshaushalt prognostiziert. Allerdings sind in den Berechnungen weder die Kosten für einen möglichen Krieg gegen den Irak noch die Belastungen durch Bushs neues Steuerreformpaket (vgl. Punkt 3) enthalten. Insgesamt werden die Prognosen des CBO zur Haushaltsentwicklung deshalb als vergleichsweise optimistisch eingeschätzt, zumal in sie auch die Kosten für eine Reform von *Medicare* (vgl. Punkt 7) nicht eingerechnet sind.

Zwischenzeitlich hat auch das *Office of Management and Budget* (OMB) im Weißen Haus neue Berechnungen zur Haushaltsentwicklung vorgelegt (vgl. CR 11/2002, S. 8). Danach könnte sich das Defizit im laufenden Haushaltsjahr sogar auf 304 Mrd. USD belaufen. Für 2004 geht das OMB von einem Haushaltsfehlbetrag von 307 Mrd. USD, für 2005 von 208 Mrd. USD und für 2006 von 201 Mrd. USD aus. Auch für die Jahre 2007 und 2008 wird keineswegs von einem ausgeglichenen Bundeshaushalt ausgegangen, sondern mit einem Defizit von 178 bzw. 190 Mrd. USD gerechnet.

Demokraten wie Steny H. Hoyer (Md.), Geschäftsführer seiner Fraktion im Repräsentantenhaus, werfen Bush angesichts der düsteren Haushaltsprognosen deshalb die Rückkehr zu Ronald Reagans „voodoo economics“ Anfang der achtziger Jahre vor. Damals hatte eine Kombination aus Steuersenkungen und vermehrten Rüstungsausgaben zu einer starken Defizitentwicklung im amerikanischen Bundeshaushalt geführt.

Während Demokraten wie Senator Joseph I. Lieberman (Conn.) darauf beharren, dass Bush über „keine Wachstumsstrategie“ für die US-Wirtschaft verfügt, spielen die Republikaner die Haushaltsprognosen mit Verweis auf die schwache Konjunktur nach den Terrorangriffen des 11. September 2001 und den damit verbundenen Kosten herunter. Ihnen erscheint es wichtiger über weitere Steuersenkungen Wachstumsimpulse zu geben als einen ausgeglichenen Bundeshaushalt zu verwirklichen. Aus dieser Perspektive ist die neuerliche Defizitentwicklung angesichts der konjunkturellen Entwicklung unvermeidlich. „Das derzeitige Defizit“, so denn auch Mitchell E. Daniels, der Direktor des OMB, Anfang Februar 2003 vor dem Haushaltsausschuss des Repräsentantenhauses, „ist – obwohl nicht willkommen – unvermeidbar und handhabbar.“

10. Neue Bewerber um demokratische Präsidentschaftsnominierung

Die Zahl der Bewerber um die Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei für 2004 (vgl. CR 1/2003, S. 9) ist im Februar 2003 weiter gewachsen.

Die frühere Senatorin von Illinois, Carol Moseley-Braun, gegenwärtig Professorin an der *University of Chicago Law School*, hat Mitte Februar ihre Kandidatur öffentlich angekündigt. Moseley-Braun hatte 1998 ihre Wiederwahlkampagne für den Senat in Folge heftiger Kontroversen um private Vorteilsnahme verloren. Doch als erste afro-amerikanische Frau im Senat genießt sie in Teilen der Demokratischen Partei noch ein hohes Ansehen.

In ihrer Antrittsrede grenzte sie sich als "budget hawk and peace dove" scharf von Präsident Bush - aber auch von einer Reihe ihrer innerparteilichen Konkurrenten - ab. Probleme dürfte ihre Kandidatur vor allem für den Bürgerrechtsaktivisten Al Sharpton mit sich bringen, dessen Alleinvertretungsanspruch für die schwarze Minderheit von ihr in Frage gestellt wird.

Nur wenige Tage nach Moseley-Braun erklärte der Abgeordnete und frühere Bürgermeister von Cleveland, Dennis J. Kucinich (Ohio), seine Absicht, sich um die demokratische Nominierung bewerben zu wollen. Kucinich, ebenfalls ein offener Gegner eines Kriegs gegen den Irak, kann als Außenseiter-Kandidat gelten, gefährdet aber möglicherweise die bisher breite Unterstützung des Gewerkschaftsflügels der Partei für Richard Gephardt (Mo.).

Die potentiell weitreichendste Ergänzung des Kandidatenfelds könnte jedoch der Antritt des früheren Nato-Oberbefehlshabers General Wesley K. Clark darstellen. Clark, der bereits zuvor im Gespräch war, hat im Februar erstmals öffentlich bekannt, dass er eine Bewerbung in Erwägung zieht und von Vertretern der Partei hierzu aufgefordert worden ist.

Clark hat in Fernsehauftritten deutliche Kritik an Präsident Bushs Bemühungen geübt, das Vorgehen der USA gegen den Irak diplomatisch abzusichern. Er hielt dem Präsidenten insbesondere vor, die Positionen und Interessen der Verbündeten nicht genügend berücksichtigt zu haben. Der Ex-General, der eine militärische Intervention im Irak nicht ausschließt, aber der Diplomatie mehr Raum geben will, könnte demokratischen Hardlinern wie Senator Joseph Lieberman (Conn.) ernsthafte Konkurrenz machen.

Bemerkenswerter Weise hat die Außen- und Sicherheitspolitik bisher die Wahlkampfauftritte nahezu aller Bewerber dominiert. Während die Kandidaten Bush einhellig kritisieren, zeigen die unterschiedlichen Positionen jedoch auch die anhaltend tiefe Spaltung der Demokratischen Partei in der Irak-Frage. Nur Richard Gephardt, der Bushs Irak-Politik grundsätzlich unterstützt, hat mit scharfen Attacken in der Haushalts-, Sozial- und Steuerpolitik seine Kandidatur primär innenpolitisch ausgerichtet.